№ 64
A 28
Morgen-Ausgabe

Berlin Vossische Zeitung

Donnerstag, 7. Februar 1924

15 Pfennig
(150 Milliarden)

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder", Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.20 Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 6.5[illegible] Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Mierendorf, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600 - 3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 3685 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Lloyd George will enthüllen.

Wilsons Rhein-Abkommen mit Clemenceau.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 6. Februar.

Die Londoner Abendblätter bringen heute einen Vorabdruck eines Interviews, das Lloyd George der „New York World" gegeben hat.

Lloyd George setzt darin auseinander, daß er vom Beginn der Friedenskonferenz an ein scharfer Gegner der Besetzung deutschen Gebietes gewesen sei. Bis April 1919 sei er von Wilson tatkräftig darin unterstützt worden, die französischen Besetzungswünsche erfolgreich zu bekämpfen. Als Northcliffe im April 1919 im englischen Parlament eine gegen Lloyd George gerichtete Krise hervorgerufen hatte, mußte Lloyd George auf einige Zeit die Friedenskonferenz verlassen, um in London seine parlamentarischen Gegner zu bekämpfen.

Clemenceau hat die Abwesenheit Lloyd Georges von Paris dazu benutzt, um Wilson zu veranlassen, ein französisch-amerikanisches Sonderabkommen zu unterzeichnen, in dem der amerikanische Präsident sich nicht nur mit der Hergabe des Saargebiets an Frankreich, sondern auch mit der Besetzung des linken Rheinufers durch die Alliierten einverstanden erklärte.

Als Lloyd George nach Paris zurückkehrte, habe er nichts mehr gegen die Besetzungsbestimmungen des Friedensvertrages ausrichten können. Er habe aber die Franzosen gleich darauf aufmerksam gemacht, daß die Besetzung des linken Rheinufers nur wertvolle deutsche Einnahmequellen verschlingen werde, die besser für Reparationsleistungen verwendet werden könnten. **Frankreich habe jetzt, nach dem Tode Wilsons, der zu seinen Lebzeiten die Geheimhaltung des französisch-amerikanischen Abkommens verlangt habe, an Lloyd George die Frage gerichtet, ob er damit einverstanden sei, daß Frankreich in Verteidigung seiner bisherigen Politik dieses Abkommen jetzt veröffentliche. Eine Abschrift dieses Abkommens sei ihm dann durch das englische Außenamt zugestellt worden.**

Es verlautet, daß Ramsay Macdonald sich die englischen Akten der Friedenskonferenz habe vorlegen lassen, um zu prüfen, inwieweit die französischen Aktenveröffentlichungen durch die Publizierung des englischen Materials ergänzt werden müssen.

*

Lloyd Georges Erzählungen führen zurück in jene Tage des April 1919, in denen die Pariser Friedenskonferenz ihre schwerste Krise zu bestehen hatte, die ihr das Rückgrat brach. Damals ließ Präsident Wilson seinen Dampfer „George Washington" expreß aus Amerika nach Brest kommen um durch diese Geste in der Drohung unzufriedener Heimkehr einen Druck auf Frankreich auszuüben. Damals hatte Lloyd George die Konferenz verlassen müssen, um sich in England mit den ersten Anfängen jener Opposition auseinanderzusetzen, die schließlich später seinen Sturz herbeiführte.

Um zwei Fragen hatte sich der Streit kristallisiert: um Fiume und um die Saar. Fiume sollte serbisch werden — in den Tagen, in denen Wilson starb, ist beschlossen worden, daß es zu Italien kommt. Die Saar sollte Frankreich vorenthalten werden — auf dem Umwege durch den Völkerbund wird es von einem Franzosen regiert.

In den Tagen zwischen dem 8. und 13. April 1919 hatte die Krise ihren Höhepunkt. Ihr Ende wurde angezeigt durch jene berühmte Ankündigung, die Arbeiten der Konferenz seien so weit vorgeschritten, daß man die Deutschen vorladen könne. Das war ein Bluff: Die Konferenz, ohne Vertrauen zu sich selbst, wollte sich Ansporn und Ziel geben. Ueber die Einzelheiten jener Tage steht man auch heute, selbst noch den Veröffentlichungen Tardieus und R. St. Bakers, nicht recht klar. Es ist zu einem Kompromiß zwischen Clemenceau, Wilson und Lloyd George gekommen, das ist sicher. Welche Rolle dabei aber Wilson und welche Rolle Lloyd George gespielt haben, das weiß man noch nicht. Eine Veröffentlichung der Art, wie Lloyd George sie in Aussicht stellt, könnte die Einleitung bilden zu einer Serie aufschlußreicher Mitteilungen über diesen Wendepunkt der Pariser Konferenz.

Entrüstung in Paris.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 6. Februar.

Das Ministerium des Aeußeren veröffentlicht heute abend ein Kommuniqué, das die Behauptung von Lloyd George, die dieser dem Korrespondenten der „New York World" gemacht hat, in sehr energischer Weise zurückweist. Das Kommuniqué lautet folgendermaßen:

„Die französische Regierung behält sich vor, auf die Andeutungen von Lloyd George zurückzukommen, sobald sie den genauen Text erhalten haben wird. Für den Augenblick beschränkt sie sich darauf, zu erklären, daß sie nicht den Tod des Präsidenten Wilson abgewartet hat, um die Einwilligung der britischen Regierung einzuholen, das Gelbbuch zu veröffentlichen, welches die Schriftstücke enthalten wird, die sich auf die Ausarbeitung des Friedensvertrages in betreff der Sicherheit Frankreichs beziehen, ebenso als auch auf die Garantieverträge.

Am 24. Dezember vorigen Jahres sind die diesbezüglichen Instruktionen an St. Aulaire übermittelt worden, welcher die notwendigen Schritte vor dem 8. Januar 1924 unternommen hat. **Die französische Regierung kennt übrigens keine Dokumente, welche sich auf die Andeutungen von Lloyd George beziehen könnten.** Kein geheimer Pakt wurde zwischen Clemenceau und Wilson geschlossen. Wenn es während der Abwesenheit Lloyd Georges Unterhaltungen gegeben hat, so hat jener das Resultat derselben bei seiner Rückkehr erfahren und hat seine Zustimmung dazu am 22. April 1919 früh erteilt."

Der Kampf für den Staat.

Von
Dr. Wilhelm Mommsen,
Privatdozent an der Universität Göttingen.

Der Brief des früheren Reichskanzlers Wirth an seinen Fraktionskollegen Joos hat befreiend gewirkt, weil hier endlich einmal von einem führenden Politiker in aller Oeffentlichkeit die Dinge beim rechten Namen genannt werden. Man kann nur wünschen, daß der hier gegebene Anstoß nicht nach einem Augenblick begeisterter Zustimmung keine fortwirkende Kraft verliert. Keiner, der unsere heutige Lage einigermaßen übersieht und die von Wirth geschilderten Tatsachen anerkennt, wird sich der Notwendigkeit seines Rufes zur aktiven Gegenwehr gegen die Kräfte, die den Staat zu ihren Gunsten aufzusaugen im Begriff stehen, verschließen. Aber der Ruf Wirths richtet sich doch nur an das Zentrum, und selbst, wenn in dieser Partei die von Wirth eingeleitete Auseinandersetzung in seinem Sinne entschieden werden sollte, so ist doch dem Zentrum infolge seiner konfessionellen Gebundenheit eine Sammlung aller Deutschen, die Wirths Kampfruf zustimmen, praktisch nicht möglich. Und das Zentrum wird auch gerade wegen dieser seiner Gebundenheit an Kirche und Konfession nie in der Lage sein, das Programm Wirths allein und ausschließlich zum Schwerpunkt seiner Politik zu machen.

Es ist kein Geheimnis, daß der Gegensatz, den Wirths Brief für das Zentrum öffentlich dokumentiert, auch in allen anderen politischen Parteien mehr oder weniger offen oder latent vorhanden ist. Es handelt sich letzten Endes übrens um den Kampf zwischen den Elementen, die Politik allein um des Staates willen treiben, und solchen, die bewußt oder meist unbewußt die Politik bestimmten Interessen einzelner Schichten dienstbar machen. Dadurch hat — und nicht durch die zweifellos oft verfehlte Handhabung des parlamentarischen Apparates oder durch das Versagen von Personen — die Politik der letzten Zeit den schwankenden und unsicheren Charakter erhalten, der sehr wesentlich die Mißerfolge der letzten Jahre erklärt. Das gilt sowohl für die sogenannten Mittelparteien wie für die Sozialdemokratie, von der die eine Hälfte Klassenkampfpolitik, die andere republikanische Staatspolitik treibt. Auch bei der äußersten Rechten besteht dieser Gegensatz, wenn auch hier ganz besonders nicht die Anschauungen, aber die praktische Politik dem Interesse bestimmter Schichten dienstbar geworden ist.

Dadurch, daß dieser Gegensatz zwischen Interessen und Staatspolitik, wie man das vielleicht schlagwortartig und verallgemeinernd formulieren kann, durch eigentlich alle Parteien geht, kommt er, obwohl er im Grunde der heute ausschlaggebende ist, im politischen Kampf selten klar zum Ausdruck. Wenn alle Parteien haben das sehr natürliche Streben, die in ihren Reihen vorhandenen Gegensätze nach außen zu verdecken und durch Kompromißformeln die allgemeine Unzufriedenheit davon abzulenken. Aber gerade dadurch geht ihnen die wirkliche politische Schlagkraft, und man hat im Volke daher vielfach bewußt oder unbewußt das Gefühl, daß sie an dem, worum es sich eigentlich handelt, vorbeireden. Der Erfolg der „völkischen" Gruppen erklärt sich zum guten Teil daraus, daß sie sich in ihren Programmen als die eigentlichen Vertreter der Staatsinnacht gegenüber allen Interessen auszugeben verstehen. Gerade diese Gruppen werden aber freilich, falls sie einmal irgendeine Verantwortung zu übernehmen haben sollten, nur allzu sehr merken, daß man sich nicht ungestraft in weitem Maße von Interessenvertretern finanzieren lassen kann. Gerade aber dieser Erfolg der rechtsradikalen Gruppen zeigt, daß es höchste Ziel ist, den Schleier zu durchstoßen, der heute vor dem Kern unserer politischen Kämpfe liegt.

In der öffentlichen Meinung und im Streit der Parteien wird heute noch ausschließlich für oder gegen Demokratie, Parlamentarismus und Republik gekämpft. Tatsächlich geht es heute aber gar nicht darum, sondern es handelt sich um die Frage, ob der Staat sich als solcher behaupten kann oder ob er durch wenige große Wirtschaftsvertreter und Konzerne seiner Machtattribute entkleidet und nur eine Puppe in deren Hand werden soll.

Die Gefahr, die hier vorliegt, ist in dem Briefe Wirths und auch so oft in diesen Blättern geschildert worden, daß eine Wiederholung nicht nötig ist. Wir stehen vor der Tatsache, daß die Masse der Nation zugunsten dieser Wenigen politisch und wirtschaftlich enteignet zu werden droht. Der ganze Kampf um politische Ziele, die ganze Aufpeitschung weiter Massen des Volkes gegen den heutigen Staat hat in Wahrheit nur diesem Ziele gedient. Dabei soll gar nicht gesagt werden, daß dies ein Ergebnis eines bewußten Vorgehens ist. Es ist das Wesen jeder Machtpolitik, daß sie sich mit idealen Momenten rechtfertigt und selbst an diese glaubt. Und es soll daher den Vertretern der Machtpolitik der Wirtschaft nicht abgesprochen werden, daß sie an sich davon ehrlich überzeugt sind, der Nation damit zu dienen, wenn sie ihren Einfluß auf und über den Staat immer mehr auszudehnen versuchen, und selbst das höchste Recht des Staates, mit auswärtigen Mächten zu verhandeln und Verträge zu schließen, schon teilweise an sich gerissen haben. Aber es zeigt sich immer deutlicher, daß eine Politik, die nicht vom Staat, sondern von dem Wirtschaftsinteresse

Ein neuer Meinungsaustausch.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 6. Februar.

Die Wiederaufnahme des deutsch-französischen Meinungsaustausches ist, wie ich erfahre, für die nächsten Tage zu erwarten. Es ist zur Stunde noch nicht bestimmt, wann Poincaré den Botschafter von Hoesch empfängt, da der französische Ministerpräsident wegen der Kammerdebatte nicht frei über seine Zeit verfügen kann. Die Unterhaltung wird voraussichtlich morgen oder übermorgen stattfinden.

Die Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens des neuen deutschen Botschafters im Elysée ist für die nächste Woche zu erwarten.

Die Sachleistungen der Industrie.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 6. Februar.

Der Sonderberichterstatter des „Journal des Débats" im Ruhrgebiet, der kürzlich die vielbesuchte Unterredung mit Stinnes veröffentlichte, berichtet ausführlich über eine Unterredung mit Fritz Thyssen. Dieser erklärte u. a., er halte eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland für ausgeschlossen, solange die Ruhrbesetzung andauere, denn die Deutschen könnten diese Besetzung unmöglich anerkennen. Deutschland müsse natürlich die Konsequenzen des verlorenen Krieges tragen. Die Deutschen seien auch bereit, ihre Reparationsverpflichtungen, über deren Umfang man sich einigen sollte, zu erfüllen, aber sie müßten über die Mittel dazu verfügen.

Thyssen bestätigte weiter die Erklärung von Stinnes, daß die Verträge zwischen der Micum und den Ruhrindustriellen nicht über den 15 April hinaus aufrecht erhalten bleiben können. Es sei nicht möglich, einer Reihe von Privatpersonen Schuldnerpflichtungen aufzuhalsen, die von Rechts wegen der Staat zu tragen habe. Die Frage der Sachleistungen der deutschen Großindustrie müsse anders geregelt werden.

Die Zollinie.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 6. Februar.

Zu einer Berliner Meldung, nach der in Paris eine deutsche Note über die Rückwirkungen der Zollinie im Osten des Ruhrgebietes überreicht worden sein soll, wurde heute abend am Quai d'Orsay wörtlich folgendes erklärt: „In den letzten Tagen ist ein ganzer Lastwagen von deutschen Noten bei uns eingetroffen. Es ist möglich, daß sich unter diesen auch eine Note über die Zollinie befindet. Wir haben noch keine Zeit gehabt, alle diese Noten zu prüfen. Der Ministerpräsident, der gegenwärtig überdies durch die Kammerdebatte in Anspruch genommen ist, hat noch nicht bestimmt, ob die deutschen Noten zu beantworten sind."